

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 24.03.2021
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 20:18 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Elmar Hägele

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Ina Neufeld

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

Herr Stadtrat Steffen Suer

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel
Herr Stadtrat Alessandro Lieb
Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab
Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker
Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk
Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis
Herr Stadtrat Sebastian Fritz
Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder
Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
Frau Stadträtin Nadine Molinari
Frau Stadträtin Karin Rauscher
Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele
Herr Stadtrat Benedikt Disam
Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski
Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel
Herr Alexander Groll
Herr Gerhard Hackner
Herr Markus Herrmann
Herr Helmut Ott

Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Verabschiedung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 der Stadt Schwäbisch Gmünd unter Einbeziehung der haushaltswirksamen Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2021 sowie Beschluss über die Wirtschaftspläne 2021 der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2024
 - 1.1** Antrag 12: Anpflanzung von Bäumen innerorts
 - 1.2** Antrag 15: Umbau der westlichen Buchstraße
 - 1.3** Antrag 25: Einrichtung eines Klimaausschusses
 - 1.4** Antrag 28: Feuerwehr Innenstadt Florian
- 2** Satzung über die Erhebung der Realsteuern
- 3** Verabschiedung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
- 4** Einrichtung eines Sportbeirats
- 5** Kommunale Klimapartnerschaft mit der Stadt Bahir Dar in Äthiopien
- 6** Gemeinsamer Smart City Antrag der Städte Schwäbisch Gmünd und Schorndorf
- 7** Beitritt der Stadt Schwäbisch Gmünd zur Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch Fränkischer Wald/Ostalb e. G. (HVG)
- 8** Beitritt der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd zur Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch Fränkischer Wald/Ostalb e.G. (HVG)
- 9** Pachtvertrag für den Hospitalwald zwischen der Stadt Schwäbisch Gmünd und der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
- 10** Spenden-Aktion für den klimagerechten Waldumbau
- 11** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 221 A IV "Gügling 2. Änderung", Gemarkung Bettringen
- Satzungsbeschluss
- 12** Neubau Betriebsgebäude Sammelkläranlage Zollerwiesen - Vergabebeschluss
- 13** Prüfung der Bauausgaben Stadt Schwäbisch Gmünd 2014 - 2018
- 14** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

- 15** Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO
- 16** Bekanntgaben
 - 16.1** AGV-Umzüge
- 17** Anfragen
 - 17.1** Pkw-Verkehr in der Bocksgasse
 - 17.2** Corona-Demonstrationen
 - 17.3** Aktueller Stand Rotrinnensteg (Sägbock)
 - 17.4** Pilotprojekt Tübingen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Tagesordnungspunkt 12 wird abgesetzt.

Ansonsten liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläutert er, dass die Pandemie-Bekämpfung der Bundes- und Landespolitik zunehmend unübersichtlicher werde und die Menschen dadurch die Geduld verlieren würden. Dennoch sei dies keine nachvollziehbare oder begründbare Erklärung dafür, dass bei Demonstrationen und in den sozialen Medien die durchaus notwendige Vorsicht und das Verantwortungsbewusstsein bei diesem Thema lächerlich gemacht oder gar in den Dreck gezogen werde. Er sei sehr froh, dass aus den gemeinsamen Bemühungen von Oberbürgermeister Matthias Klopfer, Oberbürgermeister Boris Palmer und ihm das Pilotprojekt in Tübingen mit landes- bzw. sogar bundesweiter Wirkung erwachsen sei. Man wolle alles dafür tun, um die Schulen und Kindergärten und den Einzelhandel offen zu halten und der Gastronomie eine Perspektive zu geben.

Außerdem betont er, dass mit der Teststrategie Kinder mit Schnupfen wie gewohnt am Betreuungsangebot teilnehmen dürften.

**zu 1 Verabschiedung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 der Stadt Schwäbisch Gmünd unter Einbeziehung der haushaltswirksamen Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2021 sowie Beschluss über die Wirtschaftspläne 2021 der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2024
Vorlage: 031/2021/1**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erkundigt sich bei den Fraktionen, welche Anträge nochmals aufgerufen werden sollen.

Nach Rückmeldung werden die Anträge Ziffer 12, 15, 25 und 28 nacheinander aufgerufen (Protokoll siehe TOP 1.1 bis 1.4).

Im Anschluss wird über den Haushalt abgestimmt.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Fraktion gerne über Ziffer 1 und 6 des Beschlussantrages einzeln abstimmen wolle. Weiter führt er aus, dass eine entschlossene Reaktion der Stadt auf den Klimawandel notwendig sei. In den Beratungen sei dies zu verspüren gewesen, in der Ausführung jedoch nicht. Auch bei den Radwegen müsse man etwas tun, was durch das schlechte Ranking beim ADFC bestätigt werde. Eine deutliche Umorientierung könne man auch nach den Beratungen nicht erkennen, daher werde die Fraktion der Ziffer 1 des Beschlussantrages nicht zustimmen.

Stadträtin Heusel/SPD bringt die Vorbehalte bezüglich des Doppelhaushaltes zum Ausdruck. Dennoch sehe man die Nöte der Verwaltung und die vielen Aufgaben. Daher werde man dem zustimmen. Allerdings unter der Prämisse, dass man frühzeitig eingebunden werde und im ersten Quartal des zweiten Jahres eine Aussprache stattfinde und der Gemeinderat Umschichtungsanträge stellen könne.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE schließt sich den Ausführungen von Stadträtin Heusel an. Die Fraktion werde dem Haushalt nicht zustimmen. Man sehe den innerstädtischen Frieden in Gefahr, daher wolle man einen innerstädtischen Ortschaftsrat.

Stadtrat Baumhauer/CDU äußert, dass die antragstellenden Fraktionen die Buchstraße nicht priorisiert hätten, sondern gesagt hätten, dass man die Kreditaufnahme ausweitere für eine nicht notwendige Maßnahme. Dies sei das falsche Zeichen. Die CDU-Fraktion werde den Haushalt wie in den vergangenen Jahren mittragen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste signalisiert Zustimmung seiner Fraktion. Auch den Doppelhaushalt werde man mittragen, aber nur, wenn man die Fraktionen unaufgefordert informiere und mit einbinde.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen ist der Meinung, dass die Haushaltsberatungen das Königsrecht des Gemeinderats seien. In Zeiten, in denen man auf Sicht fahren müsse, sei es sehr wichtig, dass man frühzeitig in Informationen eingebunden werde. Sie erkundigt sich wie der Austausch stattfinde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man auf die Fraktionen zugehen werde.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Abstimmungsergebnis und Beschluss:

Mehrheitlich (13 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden Beschluss:

1. Haushaltssatzung 2021 der Stadt Schwäbisch Gmünd

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg beschließt der Gemeinderat die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen
EUR

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	163.337.330
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	-176.292.780
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-12.955.450

1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	5.000.000
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	5.000.000
1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	-7.955.450

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen
EUR

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	159.337.330
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	-165.292.780
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	-5.955.450
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	20.054.750
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	-49.880.450
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-29.825.700
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	-35.781.150
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	31.650.000
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	-4.095.800
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	27.554.200
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-8.226.950

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 31.650.000 EUR.

Die Verwaltung wird ermächtigt, Kreditaufnahmen im Rahmen der Kreditermächtigungen nach § 2 unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu tätigen.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf 18.462.000 EUR.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 35.000.000 EUR.

§ 5 Steuersätze

Die Hebesätze werden festgesetzt:

1. für die Grundsteuer
 - a) für die land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 340 v. H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 430 v. H.

der Steuermessbeträge.

Nach § 28 Abs. 2 GrStG werden Kleinbeträge wie folgt fällig:
 Steuerbeträge bis 15 € am 15.08.2021
 Steuerbeträge bis 30 € zur Hälfte am 15.02.2021 und 15.08.2021
2. für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag wird der Hebesatz auf 380 v. H. der Steuermessbeträge festgesetzt.

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehende Beschlüsse (Ziffer 2 – 5):

2. Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd

Der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd wird entsprechend dem auf Seite 665 des Entwurfs des Haushaltsplanes 2021 ersichtlichen Wortlaut beschlossen.

3. Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest

Der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Fernwärmeversorgung II Bettringen

Nordwest wird entsprechend dem Wortlaut auf Seite 701 des Entwurfs des Haushaltsplanes 2021 beschlossen.

4. Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd

Der Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd wird entsprechend dem Wortlaut auf Seite 679 des Entwurfs des Haushaltsplanes 2021 beschlossen.

5. Finanzplanungen 2020 – 2024

Den Finanzplanungen für den städtischen Haushalt und für die Eigenbetriebe - Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd, Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest und der Stadtentwässerung Schwäbisch Gmünd - wird zugestimmt.

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden Beschluss:

6. Doppelhaushalt

Der Gemeinderat stimmt der Aufstellung eines Doppelhaushalts für die Jahre 2022 und 2023 unter Berücksichtigung der im Sachverhalt dargestellten Verfahrensschritte zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.1 **Antrag 12: Anpflanzung von Bäumen innerorts**

Protokoll:

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erläutert, dass man einen modifizierten Antrag gestellt habe (siehe Anlage).

Stadtrat Baumhauer/CDU sieht es kritisch, wenn Sichtachsen mit Bäumen zugestellt werden. Veranstaltungen sollten weiterhin möglich sein.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass eine integrierte Planung impliziere, dass angesprochene Verkehrsbeziehungen berücksichtigt werden. Vor 100 Jahren habe man deutlich mehr Bäume gehabt, daher stehe die Fraktion hinter dem Antrag.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE spricht sich ebenfalls für den Antrag aus. Das eine schließe das andere nicht aus. Man wolle keinen Wald, es solle eine Planung geben, diese solle dem Gemeinderat vorgelegt werden. Dann könne man diskutieren.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man den Antrag unterstütze, es fehle jedoch die wissenschaftliche Basis. Dies fehle im Antrag.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass die Verwaltung den Antrag ebenfalls unterstütze, aber dieser bedeute auch finanzielle Implikationen. Für klimaverbessernde Maßnahmen habe man 100.000 Euro eingestellt. Man müsse 250.000 Euro im Haushalt einstellen, die man für eine umfangreiche Planung mit einem externen Büro und jemandem beim Tiefbauamt benötige.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen ist irritiert über den hohen Betrag und erkundigt sich nach der Zusammensetzung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es die Gesamtsumme sei.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass man den Antrag geprüft habe. Man müsse sich im Klaren sein, dass es ein integriertes Konzept sei. Man könne nicht einfach irgendwo einen Baum pflanzen, da verschiedene Sichtweisen berücksichtigt werden müssten. Da es für die gesamte Innenstadt beantragt worden sei, sei dies eine große Fläche. Außerdem sollten auch andere Projekte weiterverfolgt werden, daher habe man nur zwei Möglichkeiten. Entweder man stelle zusätzliches Personal ein oder man greife auf externe Berater zurück. Der Betrag sei geschätzt.

Abstimmungsergebnis und Beschluss:

Mehrheitlich (2 Gegenstimmen) stimmen die Mitglieder dem Antrag zu. Zu den bereits etatisierten 100.000 Euro werden weitere 250.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Somit stehen für Klimaanpassungsmaßnahmen insgesamt 350.000 Euro zur Verfügung. Die zusätzlichen 250.000 Euro werden über Kredite finanziert und für die Planungsleistungen für die Anpflanzung von Bäumen innerorts verwendet.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20

nachrichtlich an Amt:

zu 1.2 **Antrag 15: Umbau der westlichen Buchstraße**

Protokoll:

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob es noch genehmigungsfähig sei. Die Feuerwehr habe bisher im Haushaltsplan keine große Rolle gespielt. Man stehe zu den notwendigen Sanierungsschritten. Jetzt würden auf einmal trotzdem 1,5 Mio. Euro mehr zur Verfügung stehen. Die Buchstraße solle endlich Priorität haben. Die Fraktionen würden dadurch in eine Falle gelockt, es sei ein Taschenspielertrick des Oberbürgermeisters. Es tue der Oststadt nicht gut, wenn beide gegeneinander ausgespielt werden würden. Man wolle die Buchstraße neben der Feuerwehr realisieren und hierfür die Mittel beim Erwerb von Grundstücken um 1,5 Mio. Euro reduzieren.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es nicht um einen Taschenspielertrick gehe, aber der Gemeinderat habe ihm eine zusätzliche Kreditaufnahme signalisiert.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass die SPD-Fraktion bereits mehrfach darauf hingewiesen habe, dass die Feuerwehr sanierungsbedürftig sei. Dies sei auch das Verschulden des Oberbürgermeisters. Er solle zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat zurückfinden. Sie schließt sich dem Vorschlag von Stadtrat Baum an, die Mittel für den Erwerb von Grundstücken um 1,5 Mio. zu reduzieren.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE schließt sich den Vorrednern an.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass man den Gemeinderat in einen Gewissenskonflikt bringe. Sie könne nicht verstehen, warum die Verwaltung erst jetzt damit komme. Sie sehe die Schwierigkeit der Gegenfinanzierung, man werde daher mehrheitlich dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Sie erkundigt sich, wie viele Mittel in den Folgejahren für die Feuerwehr eingestellt werden würden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass sich der Unmut zu Unrecht gegen die Verwaltung richte. Man sei in einer misslichen finanziellen Lage, hierfür könne niemand etwas. Die fehlenden 2,6 Mio. Euro aus den Steuermindereinnahmen seien bisher nicht berücksichtigt. Man müsse dem Problem ins Auge sehen, daher könne man die Kreditaufnahme nicht immer weiter ausweiten. Ohne die Buchstraße, ohne die Feuerwehr und ohne das vorher beschlossene Stadtgrün könne der Haushalt genehmigt werden. Mit den weiteren Einstellungen habe man keine finale Aussage. Es gebe auch eine finanzielle Nachhaltigkeit, man lebe mit dem bisherigen Haushaltsentwurf über die Verhältnisse. Auch dies gehöre zur Verantwortung dazu. Die Buchstraße sei ein gutes und erstrebenswertes Projekt, aber es sei kein notwendiges Projekt, da sie funktioniere. Bei der Feuerwehr sehe es anders aus, dies sei prioritär höher zu sehen. Daher sei dies kein Trick, sondern es sei eine Frage der Priorisierung. Die Mittel für die Buchstraße aus dem Grundstückserwerb zu nehmen sei sehr gefährlich, da die Stadtentwicklung und der Wohnungsbau daraus finanziert werden würden. Der soziale Wohnungsbau sei vor allem für die Fraktion DIE LINKE ein wichtiger Punkt gewesen. Außerdem generiere man daraus Erlöse, die ebenfalls weniger werden würden. Dies führe zu einer weiteren Schwierigkeit.

Herr Bantel erläutert, dass im Jahr 2021 für die Feuerwehr 850.000 Euro und in den beiden Folgejahren jeweils 500.000 Euro eingestellt werden würden.

Stadtrat Barth/CDU findet es nicht in Ordnung, dass man den Oberbürgermeister, das Stadtoberhaupt, so angehe. Dies gebiete mehr Respekt. Bei der Buchstraße liege man gar nicht so weit auseinander. Und die Feuerwehr brauche dringend neuen Raum. Es sei jetzt nur noch die Frage, wann und in welchen Abständen man dies mache. Man habe eine funktionierende Straße. Zusätzlich würden in der Mitte der Straße 350 Wohnungen entstehen, vielleicht brauche man dann einen ganz anderen Ansatz. Dies habe nichts mit den Bewohnern der Buchstraße zu tun. Man wolle einen schönen Ortsaus- bzw. -eingang. Der Zeitpunkt sei jedoch nicht der richtige. Das Feuerwehrgebäude sei in einem sehr schlechten Zustand, die Leitzentrale sei nun provisorisch im zweiten Stock untergebracht. Man brauche für die Feuerwehr mehr als 1,5 Mio. Daher solle man vernünftig bleiben.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste ist über die Fokussierung der Buchstraße überrascht. Allen sei bekannt wie es in der Stadt mit den Straßen aussehe. Es gebe andere Projekte wie bspw. Straßdorf, die in den Vordergrund gehörten. Er halte es für höchstbedenklich, dass die antragstellenden Fraktionen einen Weg gehen, der das Gesamtwohl der Stadt in Frage stelle, da die Prioritäten nicht mehr stimmten. Dass sich die Bürger der Oststadt engagieren, sei begrüßenswert, aber es könne nicht dazu führen, dass man sich hierfür nun so einsetze. Daher frage er sich, warum man die Feuerwehr zusammen mit der Buchstraße lösen wolle, da es dazu führen könnte, dass man gar kein Projekt realisiert könne. Die einzig richtige Lösung sei, die Feuerwehr zu unterstützen und die Buchstraße zurückzustellen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen geht auf die Ausführungen von Stadtrat Dombrowski ein. Die Buchstraße sei seit mehreren Jahren mit zunehmender Fokussierung in allen Fraktionen betrachtet worden. Es sei nicht richtig, dass einzelne Gemeinderäte von Bürgern der Oststadt angesetzt worden seien.

Stadtrat Preiß/CDU weist nochmals auf das entstehende Wohngebiet hin, das auch zu viel Baustellenverkehr führe. Daher solle man abwarten und die Buchstraße danach realisieren.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob man die Zuschüsse auch später abrufen könne. Außerdem möchte er den Planungsstand in Bezug auf die Sanierung des Feuerwehrgebäudes wissen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es keine Garantie gebe, aber man könne zuversichtlich sein. Bei der Planung des Florians sei man nicht so weit, dass man in die Umsetzung gehen könne. Man müsse daher abschnittsweise vorgehen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen stimmt den Ausführungen der Vorredner zu. Die Feuerwehr habe seit Jahren Priorität. In den letzten Jahren habe man die Feuerwehr immer wieder diskutiert. Sie erkundigt sich, wie man die Buchstraße in den nächsten Jahren finanzieren wolle.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man in den letzten Jahren viel in die Feuerwehr investiert habe, jedoch nicht in die Innenstadtfeuerwehr. Es gehe nun darum, dass man die Solidarität mit den Stadtteilen einbeziehe. Dies bedeute nicht, dass man die Buchstraße nicht realisieren wolle. Man habe die Buchstraße bisher ausschließlich unter Mobilitäts- und Verkehrsaspekten und nicht unter klimaverbessernden Maßnahmen gesehen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE spricht sich für eine Realisierung der Buchstraße aus.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste zeigt sich erstaunt, dass das Thema nun so emotional aufgeladen sei. Der Umbau der Buchstraße habe große Auswirkungen. Er halte den Antrag nicht für zeitgemäß.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste nennt Straßen, die aus ihrer Sicht eine höhere Priorität hätten, beispielsweise die Willi-Schenk- und die Franz-Konrad-Straße. Der Kreisverkehr in Rehnenhof sollte schon längst mit einem Zebrastreifen ausgestattet sein.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man am Kreisverkehr dran sei.

Stadtrat Dr. Beck/SPD nimmt zu den Ausführungen von Stadtrat Dombrowski Stellung und ist der Meinung, dass es nun reiche.

Oberbürgermeister Arnold bittet darum, auf eine sachliche Ebene zurückzufinden.

Stadtrat Preiß/CDU weist darauf hin, dass man zunächst eine Gesamtplanung benötige, dann könne man einzelne Teile verwirklichen. Man solle es nicht anders herum angehen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es einen Entwurf gebe, der Plan sei jedoch noch nicht ganz fertig. Mit zusätzlichen Kreditaufnahmen könne man mehr auf einmal machen.

Außerdem führt er aus, dass man bei den bisherigen Planungen der Buchstraße den Lkw-Verkehr weiterhin hätte. Wenn mehr Menschen dort künftig wohnen würden, müsse man überlegen, was man dann mache.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Oberbürgermeister Arnold unterbricht die Sitzung für zehn Minuten.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, über den Antrag abzustimmen.

Abstimmungsergebnis und Beschluss:

Mehrheitlich (25 Für-Stimmen, 27 Gegenstimmen) lehnen die Mitglieder den weitest gehenden Antrag, die Feuerwehr über eine zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 1,5 Mio. Euro und die Buchstraße über eine Einsparung von 1,5 Mio. Euro beim Erwerb von Grundstücken zu realisieren, ab.

Im Anschluss stimmen die Mitglieder einstimmig (5 Enthaltungen) für die Sanierung der Feuerwehr durch eine zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 1,5 Mio. Euro.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.3 **Antrag 25: Einrichtung eines Klimaausschusses**

Protokoll:

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass sich die Bedingungen des Klimas verändert hätten, daher solle man dies auch entsprechend vorbereiten und strukturell verankern. Man halte daher am Antrag fest.

Bürgermeister Mihm erläutert, dass man ein Klimakonzept mit konkreten Maßnahmen habe.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass das Thema Klima in allen Gremien präsent sein solle.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW findet den Antrag nicht zielführend, da Themen doppelt behandelt werden würden, man habe hierfür den Bau- und Umweltausschuss.

Stadtrat Schwab/SPD führt aus, dass jeder, der die umweltpolitischen Debatten verfolgt habe, die Notwendigkeit eines Klimaausschusses erkannt haben müsste. Man beschäftige sich aktuell nicht damit, wie man die Stadt zukunftsfähig mache. Man habe sich zum Ziel gesetzt, die Stadt bis 2035 klimaneutral zu machen. Dieses Ziel erreiche man nur, wenn man die Maßnahmen ständig überprüfe. Der Klimarat sei eine Witzveranstaltung und habe seinen Namen nicht verdient. In Tübingen habe die CDU die Notwendigkeit eines Klimaausschusses erkannt. Er bittet daher, dem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Baumhauer/CDU führt aus, dass man vereinbart habe, die unechte Teilortswahl nicht jedes Jahr zu diskutieren. Man müsste hierfür die Hauptsatzung ändern, genauso wie beim Klimaausschuss. Der Antrag sei daher formal nicht richtig, man könne die Hauptsatzung nicht im Rahmen einer Haushaltsdebatte ändern.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass Stadtrat Baumhauer formal recht habe. Außerdem müsse man die Zuständigkeiten festlegen und damit konkreter werden. Es müsste geklärt werden, wer welche Themen beraten solle.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass der Antrag nicht notwendig gewesen wäre, wenn der Klimarat dem Versprochenen entsprochen hätte. Der Antrag sei daher ein Hilferuf.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man im Jahr 2020 alle Fraktionen vor der Corona-Pandemie eingeladen habe. Das sei ein gutes Format gewesen. Man solle nicht jedes Thema diskutieren, sondern grundsätzliche Themen. Die Haupt-

satzungsregelung könne man dann angehen, man solle aber grundsätzliche Themen nicht durch rechtliche Themen außer Betracht lassen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man in der Vergangenheit bei vielen Themen einen Konsens gefunden habe. Er plädiert daher für eine informelle Ebene.

Stadträtin Heusel/SPD ist der Meinung, dass man dies versucht habe, es sei jedoch nicht umgesetzt worden. Daher halte man am Antrag fest. Wenn man ansonsten etwas anderes installiere, sei dies zu begrüßen.

Abstimmungsergebnis und Beschluss:

Mehrheitlich (23 Für-Stimmen, 28 Gegenstimmen, 1 Enthaltung) lehnen die Mitglieder den Antrag ab. Ein Klimaausschuss wird somit nicht eingerichtet.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 1.4 **Antrag 28: Feuerwehr Innenstadt Florian**

Protokoll:

Durch die Beschlussfassung, dass eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,5 Mio. Euro für die Sanierung der Feuerwehr erfolgt, hat sich der Antrag erledigt.

Herr Schubert bedankt sich beim Gemeinderat für den Beschluss.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 2 **Satzung über die Erhebung der Realsteuern **Vorlage: 035/2021****

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (1 Gegenstimme) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung der Realsteuern wird entsprechend dem Wortlaut der beigefügten Anlage 1 beschlossen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Verabschiedung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021
der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 036/2021/1**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Haushaltssatzung 2021 der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg beschließt der Gemeinderat folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	941.150
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	927.780
1.3 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	13.370
1.4 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0
1.5 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0
1.6 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	0

1.7 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	13.370
----------------------------------------------------------------------	---------------

2. im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	889.090
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	690.220
2.3 Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	198.870
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	40.000
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	43.000
2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-3.000
2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	195.870
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0
2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	0
2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	195.870

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf
Die Verwaltung wird ermächtigt, Kreditaufnahmen im Rahmen der Kreditermächtigungen nach § 2 unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu tätigen.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 185.000 EUR.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 4 **Einrichtung eines Sportbeirats** **Vorlage: 023/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung eines Sportbeirates auf der Grundlage der beiliegenden Geschäftsordnung zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 5 **Kommunale Klimapartnerschaft mit der Stadt Bahir Dar in Äthiopien** **Vorlage: 029/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (3 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

- 1.) Der Gemeinderat stimmt der weiteren Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd und der Stadtverwaltung Bahir Dar in Äthiopi-

en innerhalb des Projekts der kommunalen Klimapartnerschaft, mit dem Ziel der Erarbeitung eines konkreten und gemeinsamen Handlungsprogrammes mit Zielen, Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, zu.

- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung der kommunalen Klimapartnerschaft mit der äthiopischen Stadt Bahir Dar durchzuführen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 1.1
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Gemeinsamer Smart City Antrag der Städte Schwäbisch Gmünd und Schorndorf
Vorlage: 044/2021

Protokoll:

Herr Groll und Herr Weiß stellen den Antrag vor (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Förderantrag zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Beitritt der Stadt Schwäbisch Gmünd zur Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch Fränkischer Wald/Ostalb e. G. (HVG)
Vorlage: 025/2021

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt Schwäbisch Gmünd tritt der Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch Fränkischer Wald/Ostalb e. G. (HVG) mit einem Genossenschaftsanteil von 3.000,00 € bei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 8 Beitritt der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd zur Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch Fränkischer Wald/Ostalb e.G. (HVG)
Vorlage: 033/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd soll auf der Grundlage des beigefügten Entwurfs der Satzung der Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch Fränkischer Wald / Ostalb e.G. (HVG) direktes Mitglied in der HVG werden.
2. Die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd wird ermächtigt, die Absichtserklärung zur Gründung der Holzvermarktungsgemeinschaft Schwäbisch Fränkischer Wald / Ostalb e.G. (HVG) abzugeben.
3. Der Gemeinderat stimmt dem einmaligen Erwerb der Geschäftsanteile an der Genossenschaft in Höhe von 1.500 € zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 9 Pachtvertrag für den Hospitalwald zwischen der Stadt Schwäbisch Gmünd und der Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 037/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt Schwäbisch Gmünd und die Hospitalstiftung zum Heiligen Geist Schwäbisch Gmünd heben zum nächstmöglichen Zeitpunkt einvernehmlich den Pachtvertrag für den Hospitalwald auf.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 10 Spenden-Aktion für den klimagerechten Waldumbau
Vorlage: 030/2021**

Protokoll:

Herr Weiher präsentiert den Sachverhalt.

Oberbürgermeister Arnold weist darauf hin, dass man am 23.04.2021 die Bäume in Weiler pflanze. Er bittet die Fraktionen darum, dass jeweils zwei Vertreter daran teilnehmen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, ob es hierfür Öko-Punkte gebe und möchte, dass die Spender transparent darüber informiert werden. Öko-Punkte sollen für die Stadt dadurch nicht gesammelt werden.

Herr Weiher antwortet, dass man hierfür Öko-Punkte sammeln könnte.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass man die Spender transparent informieren solle. Er bittet darum, das Thema nochmals zu erörtern.

Oberbürgermeister Arnold sichert eine Behandlung im Bau- und Umweltausschuss zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Annahme der Spenden für den klimagerechten Waldumbau wird generell genehmigt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 11 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 221 A IV "Gügling 2. Änderung", Gemarkung Bettringen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 015/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (6 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 5 dieser Vorlage) beschlossen.
2. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften Nr. 221 A IV "Gügling 2.Änderung" werden entsprechend der Anlage 1 als Satzung beschlossen.
3. Die Begründung mit Umweltbericht wird in der Fassung der Anlage 4 festgestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 12 **Neubau Betriebsgebäude Sammelkläranlage Zollerwiesen - Vergabebeschluss**
Vorlage: 238/2020/1

Protokoll:

Abgesetzt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

zu 13 **Prüfung der Bauausgaben Stadt Schwäbisch Gmünd 2014 - 2018**
Vorlage: 219/2020

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE führt aus, dass notwendige Unterlagen nicht vorgelegt worden seien. Er zitiert aus mehreren Prüfberichten, die auf unvollständige Aktenführung hinweisen würden. Man solle außerdem fristgerecht die Jahresberichte vorlegen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies künftig beachtet werde.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass bei einem Prüfbericht immer die Dinge aufgeführt werden würden, die nicht richtig gelaufen seien. Im Vergleich zum vorherigen Prüfbericht sei eine Verbesserung erkennbar. Er bedankt sich bei allen Mitarbeitenden, man dürfe nicht nur kritisieren. Wichtig sei jedoch, dass man ein systematisches Ablagesystem einführe.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen schließt sich den Ausführungen an. Wichtig sei ihm, dass man keine Aufträge an Schwarzarbeiter vergebe und der Tariflohn eingehalten werde. Außerdem sei zugesichert worden, dass man an den Strukturen etwas ändere. Er erkundigt sich daher nach dem aktuellen Stand.

Stadtrat Dr. Beck/SPD schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Baum an. Es wäre schön, wenn das Wort „künftig“ im Bericht nicht mehr vorkommen würde.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich, bis wann die Digitalisierung der Unterlagen erfolgt sei.

Herr Musch antwortet, dass man dran sei. Die Einhaltung des Mindestlohns könne man nur im Vorfeld kontrollieren.

Herr Ott ergänzt, dass man zur zentralen Vergabestelle demnächst einen Vorschlag

einbringen werde.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE erkundigt sich nach dem Controlling.

Bürgermeister Mihm sieht die Zuständigkeit hier vor allem in der Kämmerei.

Herr Bantel ergänzt, dass es ein zweistufiges Controlling sei, das in Zusammenarbeit mit den Fachämtern erfolge. Die Kämmerei überwache die Einhaltung des Gesamtbudgets.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2

nachrichtlich an Amt:

**zu 14 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 038/2021**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20

nachrichtlich an Amt:

zu 15 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO

Protokoll:

Herr Ott gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt (siehe Anlage).

zu 16 Bekanntgaben**zu 16.1 AGV-Umzüge****Protokoll:**

Stadtrat Bucher/SPD gibt in der Funktion als Vorsitzender des AGV-Dachverbands bekannt, dass die geplanten Umzüge im Juni nicht stattfinden könnten. Man hoffe, diese im September durchführen zu können. Ansonsten sei auch eine Verschiebung ins Jahr 2022 denkbar.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 13

zu 17 Anfragen**zu 17.1 Pkw-Verkehr in der Bocksgasse****Protokoll:**

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass in letzter Zeit vermehrt Pkw, vor allem am Samstag, in der Bocksgasse unterwegs seien. Dies sei jedoch eine Fußgängerzone.

Oberbürgermeister Arnold sichert zu, dies zu prüfen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 17.2 Corona-Demonstrationen

Protokoll:

Stadtrat Schwab/SPD führt aus, dass es unfassbare Szenen der Corona-Leugner bei der Demonstration am Wochenende gegeben habe. Abstände seien oft nicht eingehalten und Masken nicht getragen worden. Er erkundigt sich, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung hierzu ergreife.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die freie Meinungsäußerung ein hohes Gut sei. Die Stadt bewerte die Aussagen der Demonstranten nicht. Die Auflagen müssten eingehalten werden, darauf habe auch der Versammlungsleiter der Querdenker-Demonstration zu Beginn hingewiesen. Viele Demonstranten würden über ein Attest verfügen, das sie von der Maskenpflicht befreie. Die Abstände seien im Wesentlichen eingehalten worden, man müsse auch immer die Verhältnismäßigkeit beachten. Im Anschluss habe sich ein Protestzug, der nicht genehmigt gewesen sei, gebildet. Hier prüfe man derzeit ein Bußgeldverfahren. Man werde die Einhaltung der Auflagen auch bei künftigen Demonstrationen einfordern. Man wolle jedoch Eskalationen vermeiden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 17.3 Aktueller Stand Rotrinnensteg (Sägbock)

Protokoll:

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand.

Herr Musch antwortet, dass man dies mit der Bahn derzeit abstimme, da die Strecke gesperrt werden müsse. Voraussichtlich könne die Maßnahme im Juni erfolgen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 66

zu 17.4 Pilotprojekt Tübingen

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass der Leidensdruck auf den Einzelhandel und die Gastronomie immer größer werde. Sie erkundigt sich, ob man in Schwäbisch Gmünd nicht ein Pilotprojekt wie in Tübingen machen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass Tübingen zum einen eine Universitätsstadt mit anderer Infrastruktur sei, zum anderen als Modellkommune Geld vom Land erhalte. Schwäbisch Gmünd müsse dies aus eigener Tasche bezahlen. Er verweist auf eine Studie des ifu-Instituts, das errechnet habe, dass eine Woche Lockdown 1,5 Milliarden Euro koste, das Tübinger Modell hochgerechnet auf ganz Deutschland 630 Millionen Euro.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: